

Hallo Ihr,

ich als mieten- und stadtpolitische Aktivistin, Mitinitiatorin der Mahnwachen gegen Obdachlosigkeit, Mitglied in der Mieterpartei möchte eine Solidaritätsbekundung gegenüber den Bewohnerinnen der Rigaer 94 aussprechen. Wir kennen die stillen Tragödien über die niemand berichtet, wenn Suizide begangen werden und die ältesten unserer Gesellschaft rausgekündigt werden aus ihrem lebenslangen Zuhause. Vielleicht empfinden mich einige hier als etwas spießig aber der Kampf gegen die Heuschrecken der Immobilienlobby braucht genau deshalb viele unterschiedliche Kräfte. Aus meiner immer wieder kehrenden Schockstarre heraus will ich eine Anklage gegenüber dem regierenden Senat aus Rot (Tot) rot grün, den Verwaltungsapparat, der Polizei und vor allem gegenüber den Kapitalradikalen also den Immobilienlobby äußern.

Berlin geprägt durch seine Viele Freiräume, kiezigen Strukturen verlieren in den letzten Jahren ihr Gesicht. Das der derzeitige Berliner Senat sich zum Handlanger degradieren lässt, auch noch die verbliebenen Räume die in den 90iger Jahren legalisiert wurden, die also ihre Berechtigung haben zu zerstören ist eine Schande, zum Kotzen, unaussprechlich ekelhaft.

Das ist doch eine ganz faule Geschichte. Warum hat wohl der Eigentümer, irgendeiner nichtssagende Briefkastenfirma das Haus 2014 als Shareddeal an zwei Gesellschafter verkauft – Konntem na so etwa die Grunderwerbssteuer umgehen? Das ist leider immer noch legal, aber dafür nicht weniger verwerflich.

Warum lässt sich dieser Senat auf die Immolobby herab mit fadenscheinigen Ausreden dieses Haus von den Bewohnern säubern. Dass erinnert ja an finsterste Zeiten. Der Brandschutz kann nicht die Ursache sein, da müsste einiges von Berlin abgerissen werden. Und wenn ich an die Plastikdübel beim BER – Bau denke, frage ich mich ob diese gegen Metalldübel ausgetauscht wurden oder entspricht wie die Medien berichtet hatten der Brandschutz einfach einem neuen Gutachten denn danach wurde es um die Brandschutz Thematik sehr ruhig.

Wir klagen den Senat an gegen die Koalitionsvereinbarung zu verstoßen, die 2016 - 21

Schon in der Präambel steht: Wir wissen: Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kunst, Kultur, Sport und Tourismus sind die Stärken Berlins, die Stadt lebt von Kreativität, Freiräumen und der Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem.

In dieser Legislatur werden die seit Jahrzehnten bestehenden kreativen Freiräume zerstört, zubetoniert und mit hochpreisigem Eigentum gefüllt – Potse, Drugstore, Syndikat, Liebig 34, Rummelsburger Bucht und Köpi um nur wenige zu nennen, die diesem Senat letztendlich zum Opfer gefallen sind

Die laut Koalitions-vereinbarung angepriesene Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität scheint genau dort zu enden, wo die Immobilienlobby mit ihrem Geld wedelt.

Hier in der Rigaer 94 macht der Senat die Drecksarbeit von CDU/FDP und NoAFD. Ich frage mich, wer der zweite Gesellschafter aus Berlin ist, dem 94 % des Hauses gehören. Als Berliner*in sollte die Person sich schämen Menschen ihr Zuhause nehmen zu wollen. Wundern würde mich nicht, wenn das ein Namhafter CDU-Politiker*In ist, aber ich würde der Person gerne vorschlagen bei der

nächsten Mahnwache gegen Obdachlosigkeit mal mit eine Nacht im Winter in der Kälte mit auf der Straße zu verbringen um zu wissen wie gut es ist ein Zuhause zu haben. Die ganze Geschichte hier stinkt zum Himmel und deshalb können wir nur die Forderungen der BewohnerInnen und solidarischen NachbarInnen und UnterstützerInnen bekräftigen

Erhalt des Hausprojekts Rigaer 94 und Kadterschmiede als unkommerziellen Veranstaltungsraum

keinen erneuten Belagerungszustand und eskalierende Provokationen sowie Diskriminierung durch Polizei und des Kapitalextremismus

Wir haben zwar ein Problem mit jeglicher Art von Gewalt, aber die Kapital-radikalen mit ihren Gewaltakten der Gentrifizierung dürfen wir gemeinsam nicht länger unkommentiert zusehen.

Den Staatsdienern würden wir bitten in ihren Einsetzen mal die Leerstände zu notieren um endlich der Zweckentfremdung all unseres Wohnraums habhaft zu werden um dort Obdach und wohnungslose Menschen mit und ohne migrations- und Fluchtgeschichte eine Erst Wohnung bieten zu können. Weil die Zweckentfremdung ist pro Wohnung mit 500 000 € strafbewehrt – und das sage ich mit nem Blick rüber in die Liebig34

Danke